Wer soll die öffentliche Sicherheit aufrechterhalten und zugleich neue politische Verfolgung verhindern?

ROC40-Q22 · v1.0 | 2026-11-21

Nach einem Regimewechsel tritt die öffentliche Sicherheit in ihr verwundbarstes Fenster ein: Die alten Sicherheitsorgane haben ihren politischen Herrn verloren, neue Organe sind noch nicht aufgebaut, und auf der Straße drohen zugleich Unordnung und Vergeltung unter dem Namen „Abrechnung". Die Tragödie, die sich in einem solchen Fenster am leichtesten ereignet, ist nicht die Restauration des alten Regimes, sondern dass das neue Regime unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung der Ordnung genau die Verfolgung wiederholt, die es gerade gestürzt hat.

Die Frage der öffentlichen Sicherheit muss deshalb als zwei Fragen zugleich beantwortet werden: Wer soll die Ordnung aufrechterhalten, und mit welchen Institutionen wird gewährleistet, dass diejenigen, die die Ordnung aufrechterhalten, nicht zu neuen Verfolgern werden? Die erste Frage ohne die Bindung der zweiten verdirbt früher oder später; die zweite Frage ohne die Durchsetzung der ersten bleibt ein bloßes Stück Papier.

1. Entpolitisierung der Polizei: dem Gesetz verantwortlich, nicht einer Partei

Die alltägliche Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung soll Sache der örtlichen Polizei sein, die vor Ort ihren Dienst tut und nach dem Gesetz vollstreckt. Die erste Regel der Entpolitisierung lautet: Der Maßstab polizeilichen Handelns darf allein sein, ob ein Verhalten rechtswidrig ist — nicht die politische Haltung, die Herkunft oder die Äußerungen einer Person. Die politische Identität zum Maßstab der Rechtsdurchsetzung zu machen, ist selbst politische Verfolgung — unter welchem Banner auch immer sie vollstreckt wird.

Auch bei der personellen Überprüfung muss diese Grenze eingehalten werden: Zur Verantwortung gezogen werden schwere Rechtsverletzungen Einzelner, nicht die politische Identität oder die Dienststelle. Gewöhnliche Polizisten, die rechtmäßig ihren Dienst getan haben, sollen im Amt bleiben; wer rechtswidrig gehandelt hat, wird in einem gesetzlichen Verfahren behandelt, dessen Ergebnis angefochten werden kann. Die grundsätzliche Position der vierzehnten Frage dieser Reihe zur Transitional Justice — individuelle Verantwortung zu

unterscheiden und keine kollektive Vergeltung zu üben — wird hier zitiert, nicht in ihrer vollständigen Begründung wiederholt.

2. Institutionelle Leitplanken gegen Vergeltung

Vergeltung tritt am leichtesten in drei Gestalten auf: Selbstjustiz, Massendiktatur und Abrechnung unter dem Deckmantel der Rechtsdurchsetzung. Gegen diese drei Gestalten braucht es Leitplanken, die im Voraus errichtet werden: Keine Organisation und keine Person darf „im Namen des Volkes" Festnahmen, Hausdurchsuchungen oder körperliche Verletzungen vornehmen; Haft, Durchsuchung und die Einfrierung von Vermögen bedürfen einer gesetzlichen Grundlage und unterliegen der Nachprüfung durch eine unabhängige Justiz; es müssen Beschwerde- und Untersuchungskanäle eingerichtet werden, die von den Vollstreckungsorganen unabhängig sind, damit Opfer einen Ort haben, an den sie sich wenden können.

Besonders ein gesetzliches Verfahren brauchen Amnestie und Begnadigung in der Übergangszeit. Wer begnadigt werden kann, für welche Straftaten eine Begnadigung gilt und wer darüber entscheidet, muss gesetzlich geregelt und öffentlich begründet werden; es darf nicht von Rufen auf der Straße oder von einzelnen Führungspersonen ad hoc entschieden werden. Gerade diese verfahrensmäßige Zurückhaltung ist der Punkt, an dem sich die neue Ordnung von der alten am leichtesten unterscheiden lässt.

3. Wer vollstreckt: Die Arbeitsteilung muss vorher klar festgelegt sein

Die Arbeitsteilung der Vollstreckungsorgane soll geschrieben stehen, bevor die Übergangszeit beginnt: Die örtliche Polizei ist für die alltägliche öffentliche Ordnung zuständig; die Streitkräfte dürfen nicht in die alltägliche Ordnung und nicht in die Politik eingreifen — dies ist die Schlussfolgerung der vierundzwanzigsten Frage dieser Reihe zur Verstaatlichung der Streitkräfte, die hier zitiert und nicht entfaltet wird; Gemeinschaftsorganisationen und Bürgergruppen können helfen, Informationen zu melden und Opfer zu betreuen, besitzen aber keine Vollstreckungsbefugnis; eine unabhängige Dokumentations- und Beobachtungsarbeit kann als ergänzende Aufsicht dienen, aber die Justiz nicht ersetzen.

Der Preis einer unklaren Arbeitsteilung ist historisch immer wieder vorgeführt worden: Wenn jeder „die Ordnung aufrechterhalten" darf, darf in Wirklichkeit jeder verfolgen. Das Monopol der Rechtsdurchsetzung muss in den Händen von Organen liegen, die an das Gesetz gebunden sind, und die Macht, die Rechtsdurchsetzung zu binden, muss außerhalb der Vollstreckungsorgane liegen.

4. Das Gleichgewicht von Sicherheit und Freiheit: Gerade der Ausnahmezustand braucht Zügel

In der Übergangszeit wird es unvermeidlich Stimmen geben, die Notmaßnahmen fordern. Wenn ein Ausnahmezustand unvermeidlich ist, muss er zugleich drei Bedingungen erfüllen: eine klare Befristung, einen klaren Anwendungsbereich und eine unabhängige Aufsicht mit nachträglicher Überprüfung. Ein Ausnahmezustand ohne Befristung ist ein zur Normalität gewordener Machtmissbrauch — die dreißigste Frage dieser Reihe erörtert gerade, wie eine neue Regierung den Missbrauch der Notstandsgewalt des alten Regimes nicht wiederholt; sie wird hier vorwärts zitiert und nicht entfaltet.

Die letzte Leitplanke ist die Freiheit der Meinungsäußerung und der Versammlung. In der Übergangszeit bedürfen gerade Stimmen, die die neue Ordnung kritisieren, besonderen Schutz, denn die Unterdrückung abweichender Meinungen ist der häufigste Ausgangspunkt neuer Verfolgung. Ob ein Transformationsplan verlässlich ist (siehe die Beurteilungskriterien im sechsten Einführungsbeitrag), zeigt sich daran, ob er auch gegenüber Kritikern nach dem Gesetz verfährt: Gegenüber Befürwortern nach dem Gesetz zu verfahren, ist nicht schwer; auch gegenüber Gegnern nach dem Gesetz zu verfahren, das ist Rechtsstaatlichkeit.

Auch die Dokumentationsarbeit der Übergangszeit ist wichtig: Verletzungen, die sich ereignen, sollen zeitnah und sachlich dokumentiert und Beweise gesichert werden — sowohl um für spätere Gerichtsverfahren eine Grundlage zu bewahren als auch um zu verhindern, dass im Nachhinein nicht überprüfbare Anschuldigungen auftreten. Dokumentation ist keine Liste für Vergeltung, sondern der Ausgangspunkt der Rechtsstaatlichkeit: Gerechtigkeit ohne Dokumentation wird leicht zum Gerücht; Gerechtigkeit mit Dokumentation hält der Prüfung vor Gericht stand. Die Dokumentationsarbeit soll von Personen getragen werden, die von den Vollstreckungsorganen unabhängig sind, und der gerichtlichen Aufsicht unterliegen; niemand darf unter dem Vorwand der Dokumentation belästigen oder bedrohen. Eine offene und transparente Dokumentation bindet auch die Vollstreckenden selbst: Wer weiß, dass sein Handeln dokumentiert wird, handelt eher nach dem Gesetz.

Weiterführende Lektüre

Index der „Vierzig Fragen zur Republik China” (https://freechina.live/governance-public-policy/third-republic-governance-blueprints/roc-history-constitutional-reconstruction/)

Vierzehnte Frage: Welche Erfahrungen und Grenzen hat Taiwans Transitional Justice? (https://freechina.live/?p=22008)

Zweiter Einführungsbeitrag: Wozu dient eine Verfassung eigentlich? (https://freechina.live/?p=21234)

Sechster Einführungsbeitrag: Wie beurteilt man, ob ein Transformationsplan verlässlich ist? (https://freechina.live/?p=21238)

Achtundzwanzigste Frage: Warum darf kollektive Vergeltung nicht an die Stelle der Rechtsstaatlichkeit treten? (spätere Frage dieser Reihe)

Dreißigste Frage: Wie verhindert man, dass eine neue Regierung den Missbrauch der Notstandsgewalt des alten Regimes wiederholt? (spätere Frage dieser Reihe)

Wie sollen die Verstaatlichung der Streitkräfte und die individuellen Rechte der Soldaten behandelt werden? (https://freechina.live/%e7%ae%80%e4%bd%93%e4%b8%ad%e6%96%87-simplified-chinese/%e5%a6%82%e4%bd%95%e5%a4%84%e7%90%86%e5%86%9b%e9%98%9f%e5%9b%bd%e5%ae%b6%e5%8c%96%e4%b8%8e%e5%86%9b%e4%ba%ba%e4%b8%aa%e4%ba%ba%e6%9d%83%e5%88%a9%ef%bc%9f/)

Referenzen

Index der „Vierzig Fragen zur Republik China” (https://freechina.live/governance-public-policy/third-republic-governance-blueprints/roc-history-constitutional-reconstruction/)

Vierzehnte Frage, „Welche Erfahrungen und Grenzen hat Taiwans Transitional Justice?” (https://freechina.live/?p=22008) — Schlussfolgerung, individuelle Verantwortung zu unterscheiden und keine kollektive Vergeltung zu üben; in dieser Frage zitiert

Zweiter Einführungsbeitrag, „Wozu dient eine Verfassung eigentlich?” (https://freechina.live/?p=21234) — Schlussfolgerung, dass das Gesetz die Macht bindet; in dieser Frage zitiert

Sechster Einführungsbeitrag, „Wie beurteilt man, ob ein Transformationsplan verlässlich ist?” (https://freechina.live/?p=21238) — Kriterium institutioneller Bindung; in dieser Frage zitiert

Modelltexte der Sieben Gesetze (vorgeschlagene Modellgesetze, kein geltendes Recht) (https://freechina.live/?p=15848) — institutionelle Optionen; in dieser Frage zitiert

Aus dem ZH-Hans-Master übersetzt (veröffentlicht am 2026-10-31).

← Zurück zum Index der vierzig Fragen (https://freechina.live/de/governance-public-policy/third-republic-governance-blueprints/roc-history-constitutional-reconstruction/)

Auch verfügbar auf: 简体中文 (https://freechina.live/%e7%ae%80%e4%bd%93%e4%b8%ad%e6%96%87-simplified-chinese/%e8%b0%81%e6%9d%a5%e7%bb%b4%e6%8c%81%e5%85%ac%e5%85%b1%e5%ae%89%e5%85%a8%ef%bc%8c%e5%90%8c%e6%97%b6%e9%98%b2%e6%ad%a2%e6%96%b0%e7%9a%84%e6%94%bf%e6%b2%bb%e8%bf%ab%e5%ae%b3%ef%bc%9f/) · English (https://freechina.live/english/who-will-maintain-public-security-while-preventing-new-political-persecution/) · 繁體中文 (https://freechina.live/繁體中文-traditional-chinese/誰來維持公共安全同時防止新的政治迫害/) · Français (https://freechina.live/francais/qui-maintiendra-la-securite-

publique-tout-en-empechant-de-nouvelles-persecutions-politiques/) · Español (https://freechina.live/espanol/quien-mantendra-la-seguridad-publica-y-al-mismo-tiempo-impedira-una-nueva-persecucion-politica/)